

II-10586 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5161 N

1993 -07- 09

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Ilse Mertel
und Genossen
an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend Einführung von "Elternschulen"

Seit Ihrem Amtsantritt haben sie in der Öffentlichkeit wiederholt die Einrichtung von "Elternschulen" angekündigt um Defiziten im Erziehungswesen besser begegnen zu können und Problem- und Konfliktlösungsmodelle anbieten zu können. Dabei sollen die derzeit bestehenden Familienberatungsstellen eine zentrale Rolle spielen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie daher nachstehende

Anfrage:

1. In welcher Form sollen diese "Elternschulen" tatsächlich eingerichtet werden?
2. Können Sie sich vorstellen die bestehenden Familienberatungsstellen zu solchen "Elternschulen" auszuweiten? Wenn ja, wieviel zusätzliches einschlägig qualifiziertes Personal müßte Ihrer Meinung nach dafür eingesetzt werden? Wie hoch wären in etwa die Kosten dafür und wer kommt dafür auf?
3. Ist es Ihre Absicht diese "Elternschulen" als freiwilliges Angebot vorzusehen oder den Besuch dieser "Elternschulen" im Mutter-Kind-Paß vorzuschreiben? Wenn ja, in welcher Form sollte dies geschehen?
4. Wann könnten die ersten "Elternschulen" frühestens installiert werden?

5. **Wieviele Bundesländer haben Ihrer Erfahrung nach bereits die Einrichtung von "Elternschulen" im Jugendwohlfahrtsgesetz verankert? In welcher Form werden diese abgehalten? Sind Ihnen Erfahrungsberichte aus diesen Bundesländern bekannt?**

6. **In welcher Form sollte eine Zusammenarbeit mit den "neuen Elternschulen" und jenen Organisationen geschehen, die bereits gegenwärtig "Elternschulen" veranstalten?**